

Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen am 1. März 2010:
Haushaltsrede von Dr. Rainer Metz, Vorsitzender der FWG-
Ratsfraktion

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Vorbericht des Entwurfs zum Haushalt 2010 beginnt mit den Worten „Der Haushalt 2010 ist an Tristesse kaum mehr zu überbieten.“ Ich fürchte die kommenden Jahre werden noch schlimmer werden, da an der finanziellen Grundstruktur keinerlei Änderungen zu erkennen sind, eher drohen weitere Verschlechterungen. So werden mit der jetzigen Planung Ende dieses Jahres etwa 1,1 Milliarden Euro Schulden vorliegen, Ende 2013 bereits über 1,6 Milliarden Euro. Damit wären über 53 Millionen Euro Zinsen jährlich zu bezahlen.

Seit etwa 10 Jahren wird hier im Rat als Ursache die mangelnde Finanzausstattung durch Bund und Land sowie die vermehrte Aufgabenübertragung angeführt. Herr Zeiser und Frau Dr. Lohse haben dies ja ausführlich dargestellt. Jedes Jahr haben wir hier im Rat entsprechende Resolutionen verfasst, das Ergebnis ist sehr niederschmetternd: Es ist keinerlei Umdenken zu erkennen - im Gegenteil durch Entscheidungen der EU, des Bundes und des Landes wird unsere finanzielle Situation immer weiter ruiniert. Die letzte Resolution vor einem Jahr richtete sich an die lokalen Abgeordneten. Zwar ist hier bisher auch noch kein Erfolg zu sehen, aber die Parteien müssen jetzt ganz massiv Einfluss auf ihre Ludwigshafener Abgeordneten nehmen. Wir erwar-

ten angesichts dieser katastrophalen Finanzlage, dass Frau Prof. Böhmer in Berlin und die Herren Ramsauer und Klett und jetzt auch Frau Scharfenberger in Mainz keinem Gesetz mehr zustimmen, das die Finanzsituation in Ludwigshafen weiter verschlechtert. Dies muss unabhängig von der Partei- und Fraktionsdisziplin erfolgen, ansonsten ist dies als "Verrat an unserer Heimatstadt" anzusehen. Es mutet schon sehr makaber an, wenn sich die SPD-Landtagsabgeordneten wegen kleiner Zahlungen aus Mainz feiern lassen, aber die Stadt schon die Zinsen mit Krediten tilgen und trotzdem 15,3 Millionen an Gewerbesteuerumlage ans Land abführen muss oder sogar 90 Prozent der EFRE-Mittel der EU ländlichen Gemeinden zufließen, während in Baden-Württemberg 40 Prozent den Städten zugute kommen. Was nützt es denn da, dass das von den Freien Wählern auf Landesebene schon sehr früh eingeforderte Konnexitätsprinzip (wer bestellt der bezahlt) heute Verfassungsrang hat, wenn sich dann doch keiner daran hält?

Sehr kritisch muss in diesem Zusammenhang auch die Einführung der Doppik erwähnt werden, die das Land zwangsweise den Kommunen verordnet hat. Bisher sind schon über 2,5 Millionen Euro Kosten angefallen, und es ist immer noch keine Ende absehbar, da sogar eine neue Abteilung „Geschäftsbuchhaltung“ eingeführt werden musste. Hinzu kommt, dass der jetzige Haushalt auch erheblich weniger Transparenz aufweist und kein einzigen Cent mehr verbucht werden kann. Bedenklich stimmt aber auch, dass bei den Beratungen oft nur sehr ungenaue Auskünfte gegeben werden konnten. So ist uns bis heute nicht schlüssig erklärt worden, warum aus der Bereitstellung von Mietflächen an externe Nutzer, also der Vermietung von Immobilien an Dritte, ein Rückgang des Gewinns von über 230.000 Euro entstanden ist.

Ein weiterer Grund für die Finanzmisere sind die gesunkenen Steuereinnahmen. Die Gewerbesteuereinnahmen bewegen sich auf dem Niveau von Anfang der 80er-Jahre. Einnahmeschwankungen waren gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung bei der Gewerbesteuer immer schon gegeben. In der Regel waren die ersten Jahre eines Jahrzehnts oft wirtschaftlich Krisenjahre mit geringeren Gewerbesteuereinnahmen. Erschreckend und auf Dauer der Niedergang für Ludwigshafen ist aber die Entwicklung, dass die BASF selbst in Jahren mit Rekordgewinnen kaum höhere Steuern zahlt, stattdessen aber eigene Interessen finanziell, wie beispielsweise im Bereich der Kultur, großzügig fördert.

Neben der Finanzsituation wird aber auch die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur über die Zukunft von Ludwigshafen entscheiden.

58 Prozent der Neugeborenen haben bereits einen Migrationshintergrund. Bei den Todesfällen liegt der Anteil jedoch unter 10 Prozent. Im aktuellen Schulentwicklungsbericht steht wörtlich: „**Die** Schule für die deutschen Kinder ist das Gymnasium, **die** Schule für die ausländischen Schüler ist die Hauptschule“! Damit sind die Integrations- und die Bildungsfrage die entscheidenden Faktoren für die Zukunft unserer Stadt. Gerade die Frage der Bildung kann Ludwigshafen nicht alleine lösen, sondern ist auch hier auf die Hilfe von Bund und Land dringend angewiesen. Wir treten dafür ein, dass ausländische Eltern, die ihre Kinder in der Schule anmelden, verpflichtend deutsche Sprachkurse besuchen müssen. Gleichzeitig müssen alle Kindergärten in Vorschulen umgewandelt werden, wie es in unseren Nachbarländern bereits gang und gäbe ist. Dies bedeutet insbesondere Besuchspflicht, bessere Ausbildung der Erzieherinnen und die Übernahme der Personalkosten durch das Land. Vor Jahren habe ich hier in diesem Saal die Beitragsfreiheit in den Kindergärten gefordert und wurde dafür von den Koalitionären,

allen voran von Herrn Jöckel, ausgelacht. Heute ist dies in unserem Bundesland Allgemeingut. Daher hoffe ich auch hier auf baldige positive Veränderungen und ein Umdenken aller Beteiligten.

Aber auch von der Stadtverwaltung selbst wurden in den letzten Jahren großzügige Projekte trotz der desolaten Finanzlage umgesetzt. Gemeint ist insbesondere die überbeuerte Sanierung des Pfalzbaus. Hier wurden bzw. werden noch inklusive der energetischen Sanierung weit über 40 Millionen Euro ausgegeben. Nun haben wir das Problem, dass zum einen sich die Unterhaltskosten enorm gesteigert haben, und wir zum anderen – zumindest ist der Intendant dieser Auffassung - ein viel zu großes Theater haben. Ganz offensichtlich gelingt es Herrn Heyme nur ganz selten, den großen Theatersaal zu füllen. Ganz extreme Ausschläge gibt es offensichtlich bei Theaterstücken in fremden Sprachen mit deutschen Untertiteln: In mindestens einem Fall waren sogar mehr Freikartenbesucher als zahlende Gäste im Saal!

Hinzu kommt, dass es für die Schauspieler selbst, wohl auch sehr unerfreulich sein muss, in einem Saal zu spielen, der nur zu 10 Prozent besetzt ist. Herr Heyme hat sich in Zeitungsinterviews ja auch ganz eindeutig geäußert: Zitat: „In der SAP-Arena geschehe viel Blödsinn“ und „es käme nicht auf die Zahl der Besucher an, sondern was gespielt wird“. Angesichts der finanziellen Lage sehen wir die zuständige Dezernentin, Frau Prof. Reifenberg, gefordert, endlich ihre Aufsichtspflichten wahrzunehmen. Echte Chancen für den neuen Pfalzbau sehen wir woanders : So war beispielsweise eine aktuelle Ballettaufführung nahezu ausverkauft, was zeigt, dass hier beim regionalen Publikum eine große Nachfrage besteht. Nach wie vor treten wir für ein Theaterabonnement Rhein-Neckar ein. Hiermit könnte un-

serer Auffassung nach die Zusammenarbeit in der Region gestärkt und das finanzielle Minus reduziert werden.

Es stellt sich die Frage, ob die Millioneninvestitionen in den Pfalzbau und in das Hack-Museum tatsächlich die erhoffte Resonanz beim Bürger finden werden:

Die Diskussion um den Fasnachts-Ball im Pfalzbau mit einem ernüchternden finanziellen Ergebnis, und die enttäuschenden Besucherzahlen der Surrealismus-Ausstellung im Hack-Museum - es waren 70.000 Besucher eingeplant, nur 41.000 wollten aber tatsächlich die Kunstwerke sehen - lassen zumindest Zweifel aufkommen, ob hier die Akzente richtig gesetzt sind. Da müssen sich die Organisatoren schon die kritische Frage gefallen lassen, ob sie nicht mit ihren Konzepten an den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern vorbei geplant haben.

Noch ein Wort zu einem anderen Thema - der Bäderfrage in Ludwigshafen:

Dieses Jahr werden wieder fast 2,2 Millionen Euro für unsere Bäder ausgegeben. Beim Benchmark-Prozess wurde ein Einsparpotential von 200.000 Euro festgestellt. Eine dauerhafte finanzielle Verbesserung scheidet aber mit Sicherheit an der Struktur unserer Bäder: Das Oggersheimer Bad ist nur rund 20 Stunden für die Allgemeinheit geöffnet, und im Sommer ist für gerade mal vier Monate das Willersinnbad offen. Regnet es oder ist es kalt, dann gibt es nur geringe Einnahmen. Es fehlen auch noch immer die zusätzlichen Einnahmen aus einem regulären Saunabetrieb. Es gibt nichts teureres als ein reiner Schwimmbadbetrieb. Allein aus diesem Grund haben Speyer - für 10 Millionen Eigenanteil und vier Millionen vom Land - und der Rhein-Pfalz-Kreis in Mutterstadt ihre Kombibäder mit Wellnessfaktor, also mit

Saunabereich, saniert bzw. umgebaut. So kostet das Aquabella in Mutterstadt den Kreis und die beteiligten Gemeinden jährlich lediglich etwa 320.000 Euro. Wir wurden hier im Stadtrat angegriffen, als wir angesichts der Finanzlage ein Kombibad forderten. Vergessen wurde dabei, dass wir uns gegen die überzogene Sanierung des Pfalzbaus ausgesprochen haben. Die Gelder, die man hier hätte einsparen können, hätten sicherlich gereicht um nicht nur eine Sanierung durchzuführen, sondern wie in Speyer ein Kombibad zu erstellen. Interessanterweise wird dies inzwischen in der Presse genauso gesehen. Die jetzt geplante Sanierung des Willersinnbades wird nach den bisherigen Vorstellungen an der Struktur nichts ändern. Daher ist außer den Einsparungen an Energie und Wasser keine dauerhafte Kostenerleichterung zu erwarten. Hinzu kommt, dass das Willersinnbad ohne zusätzliche Verbesserungen weiter an Attraktivität verlieren wird. Aus diesen Gründen muss mit aller Kraft versucht werden, mit Unterstützung des Landes und mit privaten Investoren hier ein Kombibad zu errichten. Auf jeden Fall treten wir für eine verbesserte Anbindung des Willersinnbades in den Sommermonaten an den ÖPNV ein.

Mit großer Sorge betrachten wir auch die weitere Entwicklung der Innenstadt. Bereits nach den vorliegenden Gutachten soll der Umsatz im bisher gut funktionierenden Rathaus-Center um 20 Prozent zurückgehen. Wir können uns kaum vorstellen, das C & A und H & M - Peek & Cloppenburg hat sich ja bereits entschieden, die Center-Filiale aufzugeben - in unmittelbarer Nachbarschaft auf Dauer zwei Filialen betreiben werden. Unsere Befürchtungen wurden durch einen unabhängigen Gutachter in der Presse inzwischen bestätigt. Wer sich mal die Mühe macht, in Karlsruhe das dortige, von der Bauweise durchaus vergleichbare ECE-Center "Ettlinger Tor" zu besuchen, der wird sehen, dass nahezu alle Filialisten, die heute noch im Rathaus-Center anzutref-

fen sind, auch dort vertreten sind. Die Verwaltungsspitze muss deshalb unbedingt versuchen, in direkten Verhandlungen mit den angesprochenen Handelsbetrieben eine Abwanderung, wie sie leider bereits beim Kaufhof ansteht, zu verhindern.

Zur Entlastung des städtischen Haushalts muss der Stadtrat weitere Eigeninitiativen ergreifen.

Die FWG-Stadtratsfraktion fordert daher erneut eine Halbierung der Zuschüsse an die Fraktionen und die Stadträte. Auch ist dringend die Reduzierung der Zahl der Stadtratsmandate erforderlich: Mannheim hat 48, benötigt Ludwigshafen dann wirklich 60!?

Außerdem fordert die FWG-Fraktion die Stadtverwaltung auf, die Vermessungsarbeiten in den Kleingartenparzellen (z.B. in Friesenheim) endlich zügig abzuschließen, damit die nicht unmittelbar zur Stadtentwicklung benötigten Grundstücke schneller veräußert werden können. Eine reine Erhöhung der Pachtpreise, die geplant ist, ist hier auf Dauer nicht zielführend.

Nochmals kritisch hinterfragen wir die von uns aufgedeckten überhöhten Zuschüsse für einzelne Aufführungen des Theaters im Pfalzbau und den städtischen Zuschuss für das Filmfestival. Um nicht missverstanden zu werden: Wir sind für das Filmfestival. Das Filmfestival ist großartig und inzwischen auch eines der zentralen Kulturangebote in der Metropolregion geworden. Es kann deshalb nicht sein, dass die Länder RLP, BW und HESSEN die Stadt Ludwigshafen und freiwillige Sponsoren bei der Finanzierung völlig alleine lassen. Es ist vollkommen unverständlich, dass nur die Theaterfestspiele vom Land mit 250.000 Euro gefördert werden, während die Filmfestspiele leer ausgehen. Hier muss end-

lich wenigstens das Land oder noch besser die gesamte Metropolregion - anstelle unserer Stadt - bei der Finanzierung des Festivals mit einspringen!

Entschieden kritisieren wir die Ausgaben in Höhe von 32.000 Euro für den Erwerb von neuen Kunstgegenständen durch das Hack-Museum. Wir plädieren hier für die Selbstverwaltung der vorhandenen Kunstschatze ! Neueinkäufe sollten allein durch Verkäufe oder Sponsoren finanziert werden, da auch der Unterhalt der Kunstobjekte größere Geldsummen verschlingt. In Baden-Württemberg ist diese Vorgehensweise bereits üblich.

Ein weiteres Einsparpotential sehen die Freien Wähler im kommunalen Energiemanagement, z.B. bei der Straßenbeleuchtung. So lassen sich bereits heute durch intelligente technische Lösungen (PVS-Transformatoren) Energieeinsparungen von 20 Prozent ohne Helligkeitsverlust erreichen; dies wurde bereits in verschiedenen Kommunen bewiesen. Der Amortisationszeitraum wird dort auf maximal 4 Jahre beziffert.

Durch Gründung von kleineren bis mittleren kommunalen Einkaufsgemeinschaften bzw. Zweckverbänden oder selbstständigen Einkaufsagenturen lassen sich bei der gemeinschaftlichen Beschaffung von benötigten Gütern Rabatte erzielen, ohne kartellrechtliche Vorgaben zu verletzen, da keine unmittelbare marktbeherrschende Stellung erzielt wird.

Denkbar wäre z.B. eine Kooperation von Gemeinden innerhalb der Metropolregion oder eine Kooperation von einer Gemeinde mit einem mittelständischen Industriepartner, beispielsweise bei der Beschaffung von :

- Büroausstattung und EDV-Geräten

- oder auch Linzenzen

Sicher gibt es in diesem Bereich noch viele weitere Möglichkeiten.

Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die gemeinsame Beschaffung und Wartung der Dienstwagen von TWL und WBL.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Ich habe kürzlich in der Presse wieder einmal gelesen, die „Kleinen“, gemeint waren die kleinen Fraktion hier im Rat, hätten auch keine Lösungen parat, wie die Finanzmisere zu beheben sei. Unabhängig davon, dass wir sehr wohl schon in verschiedenen Bereichen Einsparungen vorschlagen und einfordern, kommt es unserer Rolle in der Opposition nicht zu, den nach Gutsherrenart herrschenden und dabei die Verwaltungsspitze tragenden Koalitionären von SPD und CDU einen Leitfaden zur Problemlösung an die Hand zu geben. Wir haben es beim Pfalzbau wieder einmal leidvoll erfahren müssen, dass alle unsere Vorschläge zur Ausgabenreduzierung, man könnte durchaus sagen, mit der Arroganz der erdrückenden Mehrheit von 43 Mandaten einfach „abgebügelt“ wurden. Seien Sie aber versichert, dass der Unmut in der Bevölkerung spürbar wächst. Sollte die Rhein-Galerie, was auch wir uns nicht wünschen, zum Flop werden, oder die Innenstadt durch das neue Center noch weiter ausbluten, wird dies die Politikverdrossenheit in unserer Bürgerschaft weiter steigern. Dem gilt es mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort